



Sendung vom 8.12.2015, 20.15 Uhr

Stephan Weil  
Ministerpräsident Niedersachsen  
im Gespräch mit Werner Reuß

- Reuß:** Verehrte Zuschauer, ganz herzlich willkommen zum alpha-Forum, heute aus Hannover. Dies geschieht aus gegebenem Anlass, denn wir haben einen besonderen Gast: Stephan Weil, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen. Herzlich willkommen in unserer Sendung, Herr Ministerpräsident.
- Weil:** Hallo.
- Reuß:** Niedersachsen ist von der Fläche her das zweitgrößte Bundesland, von der Einwohnerzahl her das viertgrößte mit acht Millionen Menschen, die hier leben. Wenn Sie einem Auswärtigen das Land Niedersachsen beschreiben sollten, was wären denn drei wesentliche Charakteristika von Niedersachsen, Ihrer Meinung nach?
- Weil:** Zuerst einmal eine unglaubliche Vielfalt: In Niedersachsen gibt es so gut wie alles und deswegen kann man auch fast alles, was es in der Bundesrepublik gibt, in Niedersachsen wiederfinden. Das macht dieses Land höchst unterschiedlich. Die Menschen, das wäre der zweite Punkt, sind Norddeutsche. Sie sind sehr bodenständig, sehr nüchtern und ungeheuer treu und verlässlich. Der dritte Punkt ist, dass Niedersachsen ein sehr offenes Land ist, ein sehr aufnahmebereites Land, in dem man ganz viele unterschiedliche Typen kennenlernen kann. Damit bin ich wieder beim Thema Vielfalt. Ich mag Niedersachsen, was die Landschaft angeht, aber vor allem auch, was die Menschen betrifft.
- Reuß:** Sie haben soeben schon zwei wichtige Kriterien genannt: die Menschen und das Land. Es gibt noch ein drittes Kriterium, denn Niedersachsen ist auch ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Ich will damit auch gleich auf den größten Arbeitgeber zu sprechen kommen, nämlich auf VW. Niedersachsen hält einen 20-Prozent-Anteil an VW, das ist historisch so gewachsen und Sie sind als Ministerpräsident Mitglied des Aufsichtsrates. Ist es nach wie vor so, d. h. können Sie zwei, drei Gründe nennen, dass das, was historisch gewachsen ist, auch heute noch Sinn macht, nämlich dass Niedersachsen Anteile an VW hält?
- Weil:** Zunächst einmal will ich sagen, dass VW eine ungeheure Bedeutung für Niedersachsen hat. Wir haben etwa 120000 Menschen, die direkt bei Volkswagen arbeiten. Man kann diese Zahl bestimmt verdoppeln, was indirekte Beschäftigung angeht. Und wenn man dann noch die Handwerker und Dienstleister und vor allem die Familienangehörigen mit

dazu nimmt, dann gewinnt man ein Gefühl dafür, wie viele Hunderttausend Menschen in Niedersachsen ihre wirtschaftliche Existenz von Volkswagen ableiten. Der zweite Punkt ist die Erfahrung. Volkswagen ist ja von einem bescheidenen Autobauer mitten in der norddeutschen Tiefebene zu einem Weltkonzern geworden. Ich glaube, da war es sehr hilfreich, dass Niedersachsen nicht als ein auf kurzfristige Rendite orientierter Anteilseigner dabei gewesen ist, sondern als ein Aktionär, der dezidiert langfristige Zielsetzungen hat. Das hilft sehr. Der dritte Punkt, und das spüren wir immer wieder sehr deutlich, ist, dass Niedersachsen und das VW-Gesetz eine besondere Stellung in diesem Unternehmen haben: Das ist ein enorm wichtiger Schutz und sehr effektiv gegenüber Spekulanten, denn davon gibt es viele.

**Reuß:**

Aktuell beschäftigt VW ja der Abgasskandal. Wir wollen hier gar nicht so in die Tiefe hineingehen, denn da laufen ja Ermittlungsverfahren, die es sicherlich abzuwarten gilt. Die Situation sei jedoch für unsere Zuschauer noch einmal ganz kurz zusammengefasst: Es geht um eine Software, die in Dieselfahrzeuge eingebaut wurde und die in Simulationssituationen auf dem Prüfstand die Abgaswerte deutlich günstiger darstellte, als diese im Verkehr dann tatsächlich waren. Das wird nun, wie gesagt, alles untersucht, und VW hat schon mal 6,5 Milliarden Euro dafür zurückgestellt. Dieses Geld wird man vielleicht brauchen, um die Autos umzubauen, sagen Kritiker. Aber es braucht womöglich noch sehr viel mehr Geld, denn es sind Schadensersatzforderungen anhängig, es kommen Strafzahlungen auf den Konzern zu. Sehen Sie denn dieses Unternehmen gut gerüstet oder droht das Unternehmen durch diesen Skandal sogar in der Substanz Schaden zu nehmen?

**Weil:**

Das ist eine höchst unangenehme Situation und wahrscheinlich eine der schwierigsten in der gesamten Unternehmensgeschichte, da muss man nicht groß darum herumreden. Es sind von Anfang an und dann auch noch über Jahre hinweg eklatante Fehler gemacht worden. Ich bin immer noch einigermaßen fassungslos, wenn ich auf dieses Geschehen schaue. Hätten wir dieses Gespräch vor einem Vierteljahr geführt und Sie hätten mir dieses heutige Szenario beschrieben, dann hätte ich gesagt, dass ich das für ausgeschlossen halte. Aber leider ist das Realität. Es wird auch noch eine ganze Reihe von Jahren dauern, bis dieser Skandal abgearbeitet ist und Volkswagen das beschädigte Vertrauen ganz wiederhergestellt haben wird. Das wird auch eine Menge Geld kosten. Zum Glück hat Volkswagen eine sehr starke wirtschaftliche Substanz. Ich will nicht darum herumreden: Das ist eine schwierige Phase. Aber das ist keine existenzbedrohende Phase – inzwischen bin ich doch so optimistisch, das zu sagen. Aber wir befinden uns in einer richtig schwierigen Phase, die auch keineswegs nur kurzfristig andauern wird.

**Reuß:**

Es gibt ja Konkurrenten auch außerhalb Deutschlands, die das, was da bei VW passiert, nicht nur mit Tränen in den Augen sehen. Kritiker meinen, durch den Imageverlust würde nicht nur VW leiden, sondern möglicherweise die gesamte deutsche Automobilindustrie: Jeder siebte Arbeitsplatz hängt in Deutschland von der Automobilindustrie ab. Sehen Sie denn Gefahren für die deutsche Automobilindustrie oder sogar für den Wirtschaftsstandort Deutschland?

**Weil:** Ganz konkret ist es so, dass wir – Stand jetzt, also Ende Oktober 2015 – sagen können: Einstweilen sind erfreulicherweise die Absätze und das Bestellverhalten der Kunden unauffällig. Die Menschen in den unterschiedlichen Kontinenten halten Volkswagen die Treue. Dafür bin ich auch ausgesprochen dankbar, denn das ist nicht selbstverständlich. Das relativiert vielleicht doch diese abstrakten Befürchtungen, die Marke "Made in Germany" würde dauerhaft Schaden nehmen. Aber ich will auch das nicht kleinreden: Die deutschen Produkte und gerade auch die Produkte von Volkswagen sind bekannt und stehen für Qualität, für Zuverlässigkeit. Dass ein so prominentes Mitglied der deutschen Industriefamilie wie Volkswagen sich so etwas leistet, ist ausgesprochen ungut und tut mir sehr leid.

**Reuß:** Als Mitglied des Aufsichtsrates sind Sie ja informiert über Zukunftspläne, über langfristige Strategien usw. Nun gibt es ja neue Player, die auf den Markt drängen, insbesondere IT-Giganten wie Apple und Google, die nun an Autos bauen und vielleicht sogar selbstfahrende Autos entwickeln. Ist denn die alte Automobilbranche in Gefahr, ins Abseits zu geraten? Oder wie viel Computer muss ins Auto, wie viel Auto muss in den Computer?

**Weil:** Das ist schon eine ganz spannende Metamorphose, die die gesamte Automobilindustrie soeben erlebt. Wir reden über neue Antriebsformen, wir reden nicht mehr nur über die guten alten Verbrennungsmotoren, sondern wir reden hier nun vor allem über Elektromobilität. Und die digitale Revolution zieht eben auch ins Fahrzeug ein. Sie ist heute dort schon längst angekommen, aber sie wird noch enorm viel tiefer eindringen. Sie sprachen von der "alten Automobilindustrie": Ich behaupte hingegen, dass diese Branche gleichzeitig doch eine der innovativsten Industriezweige ist, die es überhaupt gibt. Volkswagen z. B. ist Weltmeister in Sachen "Forschung und Entwicklung": Es gibt kein Unternehmen, das an dieser Stelle mehr investiert. Das gilt sicherlich auch für die anderen großen und sehr guten deutschen Automobilbauer, von denen es in Bayern ja auch einen gibt. Deswegen kann man da, wie ich glaube, insgesamt optimistisch sein. Aber das ist in der Tat eine richtige Bewährungsprobe, denn es ist ganz sicher so, dass es nicht mehr nur um das Autofahren geht, sondern vor allem um ganz viel Elektronik, um ganz viel Information, um sehr viele Daten. Deswegen ist die Frage, wie die Automobilindustrie und die Computerindustrie zusammenpassen, eine der entscheidenden Fragen für die Zukunft.

**Reuß:** Ich würde nun gerne ein anderes wichtiges Thema ansprechen, das die Menschen bewegt und sicherlich auch noch in den nächsten Wochen und Monaten und womöglich auch noch Jahren bewegen wird: Das ist der Zustrom von Flüchtlingen. In den letzten Monaten hat es ja einen fast eruptiven Zustrom von Menschen nach Deutschland gegeben, die hier bei uns Zuflucht suchten. Allein in diesem Jahr, sagen Schätzungen, könnten bis zu 1,5 Millionen Menschen zu uns kommen, also pro Tag 8000 bis 10000 Menschen. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat gesagt: "Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze ... Das gilt auch für die Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen." Das ist de jure absolut richtig. Sie haben einst ja auch in der Kommune gearbeitet: Wenn Sie die Arbeit und Last

der Bürgermeister und Landräte sehen, sehen Sie da Grenzen der Aufnahmekapazitäten, weniger in politischer, sondern in ganz praktischer Hinsicht?

**Weil:**

Wenn wir auch hierüber vor einem Vierteljahr miteinander gesprochen hätten, dann wären wir hier sehr entspannt gesessen. Aber im Moment spannt uns dieses Thema enorm an. Ich bin in den letzten Wochen sehr viel in Flüchtlingseinrichtungen unterwegs gewesen und habe mich mit Flüchtlingen unterhalten und vor allem auch mit den Helferinnen und Helfern. Ja, diese Situation ist schwierig. Das ist erstens administrativ schwierig. In Deutschland kennen wir diese Problematik eigentlich gar nicht, aber in administrativer Hinsicht sieht unser Staat momentan nicht besonders gut aus. Wir haben hier deutliche Schwierigkeiten und es besteht da sehr viel Nachholbedarf. Der zweite Punkt ist: Wir haben einen ganz starken Anteil von ehrenamtlicher Hilfe. Dafür kann man tief dankbar sein, aber diese Hilfe wird nicht über Monate hinweg auf diesem hohen Niveau durchzuhalten sein, denn irgendwann wird auch der geduldigste Arbeitgeber seinen Mitarbeiter mal wieder am Arbeitsplatz sehen wollen. Deswegen macht mir das Ganze wirklich enorme Sorgen. Ich glaube, wir müssen es jetzt vor allem schaffen, wieder in ein geordnetes Verfahren zu kommen. Denn im Moment sind wir da noch lange nicht. Das hängt insbesondere leider auch damit zusammen, dass das zuständige Bundesamt offenbar nicht hinreichend ausgestattet gewesen ist, und zwar bereits bevor diese große Zahl an Flüchtlingen gekommen ist. Und seit dem September gilt das erst recht. Der zweite Punkt ist, dass wir hier dringend eine europäische Lösung brauchen. "Wir schaffen das", hat die Bundeskanzlerin gesagt, und das stimmt auch, das gibt auch die Haltung in Deutschland wieder. Aber vielleicht darf man doch auch noch hinzufügen: "... aber nicht alleine, sondern nur gemeinsam." Wenn außer Deutschland, Schweden und Österreich letztlich alle anderen europäischen Länder mehr oder weniger offen zeigen: "Das ist nicht unsere Baustelle!", dann werden vermutlich auch die Gutwilligsten eines Tages überfordert sein. So weit darf es Europa nicht kommen lassen, d. h. dieses Thema ist auch ein echter Sprengsatz für Europa.

**Reuß:**

Bayern ist ja bei diesem Thema ganz besonders betroffen und der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer wird nicht müde, immer wieder anzumahnen, dass man das in den Griff bekommen müsse, dass man die Flüchtlingsströme reduzieren und geordneter ins Land führen müsse usw. Ich frage mal ganz direkt, ganz praktisch: Wenn man sich auf dem Boden des Grundgesetzes, auf dem Boden der Genfer Flüchtlingskonvention, auf dem Boden der Menschenrechte bewegen möchte, gäbe es dann überhaupt eine Möglichkeit, den Zustrom zu stoppen?

**Weil:**

Es muss zuerst einmal gesagt werden: Die Wurzeln dieses Problems liegen außerhalb von Europa. Wir bekommen gerade vor Augen geführt, was für ein Desaster die internationale Politik in den letzten eineinhalb Jahrzehnten im Nahen und Mittleren Osten mitbefördert hat. Ich bin der festen Überzeugung, das, was wir jetzt erleben, hat u. a. seinen Ausgangspunkt im Irakkrieg von George W. Bush. Durch diesen Krieg ist eine schlimme Entwicklung in Gang gesetzt worden. Europa hat, um ein

zweites Beispiel zu nennen, die Menschen in den Flüchtlingslagern hängen lassen: Die Lebensmittelrationen sind halbiert worden usw. Da darf man sich dann nicht wundern, wenn sich diese Menschen auf den Weg machen. Europa hat sich meiner Überzeugung nach viel zu lange hochnäsiger gegenüber der Türkei verhalten: Wer darf sich dann wundern, wenn die Türkei sagt: "Na gut, dann leiten wir diese Menschen eben durch, denn diese Menschen wollen ja eh nicht bei uns bleiben, sondern die wollen nach Europa!?" Auf dem Gebiet der internationalen Politik gab und gibt es hier also sehr viele Fehler. Ich mache aber auch gar kein Hehl daraus, dass wir auch auf der europäischen Ebene erheblichen Diskussionsbedarf haben. Ich sagte es bereits, wir haben hier die Situation, dass eigentlich nur ganz wenige Länder sich auch einem internationalen Standard verpflichtet fühlen. Das kann so nicht bleiben. Es würde mich also sehr freuen, wenn die Bundesregierung Erfolg hätte mit ihren diplomatischen Bemühungen. Ich würde es ausgesprochen ungern sehen, wenn Deutschland zu Alleingängen gezwungen wäre: Das hielte ich nicht für gut. Aber wer mag das heute ausschließen?

**Reuß:** Nun gibt es ja auch Menschen, die sich freuen, dass dadurch auch viele junge Menschen zu uns kommen. Vertreter der Wirtschaft sagen: "Mit Blick auf unsere demografische Entwicklung ist das vielleicht sogar ganz hilfreich." Andererseits weist auch die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles darauf hin, dass nicht einmal jeder Zehnte hier ankommende Flüchtling die notwendigen Voraussetzungen mitbringt, um direkt in Arbeit oder Ausbildung vermittelt werden zu können. Wörtlich sagte sie: "Nicht alle, die da kommen, sind hoch qualifiziert. Der syrische Arzt ist jedenfalls nicht der Normalfall." Viele Flüchtlinge sind in der Tat minderqualifiziert und es gibt unter ihnen vielleicht sogar Analphabeten: Diese Menschen müssen qualifiziert werden und das stellt eine große Herausforderung dar. Wenn ich mal wider den Stachel locken darf: Besteht nicht die Gefahr, dass sich am Ende viele Flüchtlinge im Niedriglohnsektor wiederfinden und dass dann der gerade erst mühsam verabschiedete Mindestlohn wieder unter Druck gerät?

**Weil:** Das nicht. Ich glaube, das Schlimmste, was wir machen könnten, bestünde darin, dass nun viele deutsche Arbeitnehmer weniger Geld bekommen sollen mit der Begründung, dass die Flüchtlinge ja auch weniger bekommen. Das hielte ich für eine völlig irrsinnige Schlussfolgerung.

**Reuß:** Aber halten Sie denn diese Gefahr für ausgeschlossen?

**Weil:** Ja, die halte ich für ausgeschlossen. Auf gut Deutsch gesagt: So dumm kann niemand sein. So viel guten Glauben habe ich tatsächlich. Sie haben aber dennoch einen ganz wunden Punkt angesprochen. Denn im Moment stehen wir ja in einem unmittelbaren Krisenmanagement, und da ist schwer genug. Danach wird aber eine fast noch schwierigere Aufgabe folgen, nämlich diejenige der Integration. Viele werden sich ja noch an die erste Hälfte der 90er Jahre erinnern: Damals hatten wir schon mal einen großen Zustrom, aber damals waren das nur halb so viele. Damals haben wir große Fehler gemacht und uns nicht von Anfang an intensiv genug um die Integration auf den Sektoren Bildung und Arbeit bemüht. Wenn man das nun richtig machen will, dann werden – und nach meiner Einschätzung muss das im ersten Vierteljahr des nächsten

Jahres geschehen – der Bund und die Länder sehr genau miteinander darüber reden müssen, wie man nun diese unglaublich große und schwierige Integrationsaufgabe stemmen will. Wenn wir das richtig machen, dann helfen wir der Zukunftsfähigkeit unseres Landes wirklich deutlich weiter. Wenn wir es falsch machen, dann haben wir auf Dauer ein Problem, das sich niemand von uns wünschen kann. Und deswegen werden wir uns um das Thema "Integration" sehr viel mehr kümmern müssen, als jeder von uns noch vor einigen Monaten gedacht hätte.

**Reuß:** Aber ist die Politik hier alleine nicht sogar ein bisschen überfordert? Man hat den Eindruck, aus vielen Ecken der Gesellschaft kommen Forderungen an die Politik, was nun zu tun ist, was zu lassen ist usw. Bräuchte es nicht, wenn ich das mal so naiv formulieren darf, eine Art Runden Tisch, an dem u. a. die Kirche, die Gewerkschaften und die Arbeitgeber mit beteiligt sind? Könnten nicht vielleicht auch die Banken, die ja nun viele Hilfen bekommen haben, einen Solidarbeitrag leisten? Wünschen darf man sich das ja mal idealistischerweise. Sie haben vorhin von Haltung gesprochen, die zum Ausdruck kommen muss: Bräuchte es nicht eine größere gesellschaftliche Anstrengung als "nur" diejenige aufseiten der Politik?

**Weil:** Es ist natürlich richtig: Das, was wir jetzt haben und was uns bevorsteht, werden Staat und Gesellschaft nur gemeinsam lösen können, weder die Gesellschaft ohne den Staat noch der Staat ohne die Gesellschaft wird das alleine können. Mit dem Stand von jetzt würde ich allerdings sagen, die Gesellschaft verhält sich in weiten Teilen großartig, und zwar nicht nur, als wir im September gesehen haben, was für eine freundliche und respektvolle Aufnahme viele Flüchtlinge gefunden habe, sondern auch jetzt noch. Ich komme ja viel herum und unterhalte mich auch mit vielen Repräsentanten z. B. aus der Wirtschaft. Ich bin wirklich sehr angetan davon, wie viele mir sagen: "Ich bin bereit, mich auch persönlich zu engagieren, z. B. beim Thema Ausbildung!" Aber diese Leute erwarten selbstverständlich auch eine Orientierung vom Staat. Und wenn wir ehrlich miteinander sind, müssen wir zugeben, dass es da noch sehr viel zu tun gibt. Deswegen würde ich sagen: Natürlich darf sich die Gesellschaft nicht zurückhalten, ganz klar. Aber wer soll denn eine ordnende Funktion übernehmen, wenn nicht der Staat, wer soll mit Konzepten vorangehen, wer soll die Diskussion anleiten? Das können letztlich nur die staatlichen Repräsentanten sein. Und hier sieht insbesondere die Bundespolitik meiner Ansicht nach nicht besonders gut aus.

**Reuß:** Stichwort "Zukunft": Es ist sicherlich auch gefährlich, wenn der Eindruck entstünde, dass für Flüchtlinge viel getan wird und für die einheimische Bevölkerung weniger, sei es beim sozialen Wohnungsbau oder bei der Bildung. Sie haben, wenn ich das richtig nachgelesen habe, für Ihre Landesregierung drei Themenschwerpunkte festgelegt. Sie haben gesagt, es gehe jetzt um den demografischen Wandel, mit dem man sich beschäftigen müsse. Zweitens geht es Ihnen darum, die Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Drittens wollen Sie intensiv in Bildung und Infrastruktur investieren. Schon heute gibt ja jedes fünfte Unternehmen an, dass es Probleme hat, qualifizierten Nachwuchs zu finden. Das hat auch, aber eben nicht nur mit der demografischen Entwicklung zu tun.

Sie haben dazu gesagt: "Im Moment leisten wir uns den Luxus, ein Fünftel eines jeden Jahrgangs ohne berufsqualifizierenden Abschluss auf den Arbeitsmarkt zu entlassen. Diesen Trend zu brechen, ist eine der Schlüsselaufgaben für die wirtschaftliche Entwicklung überhaupt." Wie kann es denn gelingen, dass wir weniger Menschen auf dem Weg zum Schulabschluss und zum Beruf verlieren?

**Weil:**

Wenn ich das mal vorweg sagen darf: Sie haben jetzt programmatische Aussagen von mir aus der Zeit vor der Flüchtlingskrise zitiert. Ich stehe sehr wohl noch immer zu all diesen Aussagen, aber ich würde das unbedingt noch ergänzen wollen um die Aufgabe der Integration von Flüchtlingen. Wenn man das ernst nimmt, landet man aber auch sehr schnell bei den Themen, die Sie soeben mit aufgerufen haben, insbesondere bei der Bildung und der Arbeit. Wir landen aber auch sehr schnell beim Thema Sprachförderung. Ich glaube, wir stellen insgesamt fest, dass die individuelle Förderung von jungen Leuten verbessert werden muss. Ich bin deswegen davon überzeugt, dass Ganztagschulen notwendig sind. Wir haben eben in vielen Fällen nicht mehr die Situation, dass die Kinder, wenn sie mittags nach Hause kommen, gleich von den Eltern empfangen – natürlich nicht mit dem Knüppel in der Hand, sondern sehr liebevoll – und weiter gefördert werden und nach deren Hausaufgaben geguckt wird. Hier hat sich in den Familien eben etwas verändert und deswegen bin ich wirklich fest davon überzeugt, dass wir im staatlichen Bildungssystem eine bessere und persönlichere Förderung der Kinder und der jungen Leute brauchen. Das gilt natürlich am allermeisten für diejenigen, die besondere Defizite haben. Hier denke ich z. B. an diejenigen, die Sprachförderung brauchen. Aber Sie haben es ja bereits gesagt: Wir haben einen nicht unerheblichen Anteil in jedem Jahrgang, der es nach der Schule schwer hat, Tritt zu fassen, den nächsten Schritt gehen zu können. Um diese Gruppe muss man sich besonders kümmern und das lohnt sich auch, denn unser Arbeitsmarkt wird alle Talente dieser jungen Leute noch dringend benötigen.

**Reuß:**

Sie haben es immer wieder gesagt: Bildung ist für Sie ein Schwerpunkt Ihrer Arbeit. Die Kanzlerin hat, ich glaube, das war im Jahr 2008, einmal gesagt: "Wir müssen die Bildungsrepublik Deutschland werden." Unser Bildungssystem müsse "jedem die Chance auf Einstieg und Aufstieg ermöglichen". Weiter sagte sie: "Wohlstand für alle heißt heute und morgen Bildung für alle." Nun sind wir ja auf diesem Weg bereits ein gutes Stück vorangekommen, aber ich will auch hier mal die negativen Seiten ansprechen. Wir haben immer noch rund 7,5 Millionen funktionale Analphabeten, es gibt immer noch sechs Prozent eines jeden Jahrgangs, der die Schule ohne Abschluss verlässt, bei den Studenten gibt es immer noch Abbrecherquoten von etwa 30 Prozent. Da gehen ja auch viele Ressourcen verloren. Wo sehen Sie denn die größten Herausforderungen? Was sind da Ihre Schwerpunkte in der Landespolitik?

**Weil:**

Ich beneide bis heute die Bundeskanzlerin um dieses Label "Bildungsrepublik Deutschland": Ich bekenne als Sozialdemokrat freimütig, dass ich mir gewünscht hätte, mir wäre, uns wäre das eingefallen. Aber selbstverständlich ist nicht die Überschrift entscheidend,

sondern das, was drin ist. Und hier teile ich durchaus Ihren Eindruck: Wir haben hier noch viel nachzuholen. Das gilt vor allem in dem Bereich, in dem am Anfang schon die Weichen gestellt werden: in der frühkindlichen Förderung. Da haben wir zwar quantitativ unglaublich viel erreicht mit Rechtsansprüchen auf den Kindergartenplatz und die Kinderkrippe. Aber qualitativ muss man da meiner Meinung nach noch deutlich nachlegen. Dies müssen wir auch deswegen, weil wir ja anschließend in der Schule feststellen, dass bis heute immer mal wieder Kinder dabei sind, die eigentlich noch gar nicht wirklich schulfähig sind. Wenn ich jetzt bedenke, welch riesengroße Herausforderung es nun sein wird, Flüchtlingskinder in unser Bildungssystem zu integrieren, dann verstärkt das noch einmal mein Plädoyer für mehr frühkindliche Förderung. Zur Ganztagschule hatte ich ja schon gesagt, warum sie aus meiner Sicht absolut wichtig ist. Ich komme zum Stichwort "berufliche Orientierung": Es gibt einfach zu viele junge Leute, die nach der Schule nicht den leisesten Schimmer haben, was eigentlich der nächste Schritt für sie sein sollte. Sie haben einen weiteren wichtigen Aspekt angesprochen: Wir haben einen markant hohen Anteil von jungen Leuten, die ganz offenbar an der Hochschule, an der Universität nicht glücklich werden. Sie könnten aber in betrieblichen Ausbildungen sehr wohl glücklich werden. Das heißt, wir müssen auch wegkommen von dieser in vielen Köpfen irgendwie fixierten Idee, man könne gewissermaßen nur mit Hochschulabschluss ein erfolgreiches Leben führen. Das ist nämlich mitnichten so.

**Reuß:**

Hier würde ich gerne einhaken, denn das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt, ohne die beiden Ausbildungswege gegeneinander ausspielen zu wollen: Fast die Hälfte eines Jahrgangs geht heute aufs Gymnasium. Aber im Handwerk haben wir 20000 Lehrstellen, die nicht besetzt werden können. Wenn man sich die nächsten zehn Jahre anschaut, dann erkennt man, dass ungefähr 200000 Handwerksmeister in Rente gehen werden, ohne dass für sie ein Nachfolger vor der Tür stehen würde. Wie kann man denn die duale Ausbildung wieder attraktiver machen? Sie scheint ja so ein bisschen an Ansehen verloren zu haben.

**Weil:**

Interessanterweise ist das ja einerseits ein deutscher Exportschlager und andererseits hat die duale Ausbildung in Deutschland selbst ein bisschen an Attraktivität verloren. Ich war im letzten Jahr als Bundesratspräsident relativ viel im Ausland unterwegs und bin überall darauf angesprochen worden: "Ihr habt das in Deutschland toll hinbekommen mit eurer dualen Ausbildung." In Deutschland selbst müssen wir immer wieder daran erinnern, was für ein Riesenschiff das ist. Interessanterweise gibt es ja auch im Bereich der Hochschulausbildung eine Entwicklung hin zu dualen Ausbildungsgängen. Auch dort merkt man also, dass die Verbindung von Theorie und Praxis einen wirklich weiterbringt. Ich glaube, wir müssen an den Schulen sehr viel besser informieren, sehr viel mehr Orientierung geben. Die wenigsten Handwerksberufe sind ja heute noch mit dem vergleichbar, wie man sie vor einem Vierteljahrhundert gekannt hat. Man muss sich ja nur einmal anschauen, was Heizungsinstallateure heute können müssen, was Kfz-Mechaniker können müssen, wie viel Digitalisierung in so gut wie alle Ausbildungsgänge des Handwerks eingeflossen ist. Diese Ausbildungen



sind mit qualitativ sehr anspruchsvollen Fragen verbunden, die für viele junge Leute hoch interessant sein können.

**Reuß:** Bildung und Kultus gehören ja laut Grundgesetz zu den Kernaufgaben der Länder. Ich frage trotzdem mal etwas provokant: Können wir uns diesen Bildungsföderalismus auch in Zukunft noch leisten? Denn er gilt als ein bisschen behäbig, als ein bisschen zu kleinteilig, zu schwerfällig. Die Entscheidungen, die abgestimmt werden müssen unter den Ländern, brauchen zu lange. Oder müssen wir ihn uns auch künftig leisten, weil er den Wettbewerb sicherstellt? Nun sind die Länder hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft, ihrer Größe, ihrer Finanzkraft nicht alle gleich und wenn man sich die Stadtstaaten, wenn man sich das Saarland anschaut, dann stellt man fest, dass sie diesbezüglich nicht vergleichbar sind mit Bundesländern wie Niedersachsen oder Bayern oder Baden-Württemberg. Sind Sie dennoch ein Befürworter des Bildungsföderalismus?

**Weil:** Ja, das bin ich, insbesondere wenn ich mir vorstelle, die Alternative wäre ein zentrales Bildungssystem mit einem Bundesschulamt an der Spitze. So etwas würde ich für eine Erfindung des Teufels halten. Aber Föderalismus kann doch nicht heißen, dass jeder einfach nur sein eigenes Ding macht. Es gibt da noch eine Menge an Koordinationsaufgaben unter den Ländern, um hier wirklich besser zu werden. Denn es kann doch nicht sein, dass der Wechsel von Land A ins Land B zu familiären Krisen führt, weil die Kinder auf einmal nicht mehr wissen, woran sie mit ihrer Schule sind. Der zweite Punkt ist, dass wir uns einen Luxus leisten, den wir uns schon vorher nicht leisten konnten und den wir uns mit Blick in die Zukunft erst recht nicht leisten können: Ich meine das sogenannte Kooperationsverbot. Das ist das Verbot, dass der Bund Kommunen und Länder beim Thema "Bildung" unterstützen darf. Entschuldigung, aber ich glaube, wir haben kaum eine wichtigere gesellschaftspolitische Aufgabe als Bildung und Qualifizierung. Das muss daher eine gesamtstaatliche Anstrengung sein, d. h. wir bräuchten eher ein Kooperationsgebot. Ein Kooperationsverbot ist jedenfalls völlig anachronistisch.

**Reuß:** Aber man hat den Eindruck, dass Sie mit dieser doch sehr weitgehenden Forderung relativ alleine sind. Das Kooperationsverbot im Hochschulbereich wurde ja gelockert: Hier gibt es nun die Möglichkeit, dass der Bund auch grundständige Kosten übernimmt. Sie sagen jedoch, dass Sie sich die Aufhebung des Kooperationsverbots auch im Schulbereich vorstellen können. Wie ist denn da die Haltung der anderen Länder?

**Weil:** Erstens kann ich mir das unbedingt vorstellen. Ich habe allerdings dazugesagt, dass das auf der Grundlage von Vereinbarungen mit den Ländern geschehen muss. Ich würde nichts davon halten, wenn die Länder dann gewissermaßen zu Befehlsempfängern werden würden. Das ist jedenfalls ganz klar eine gesamtstaatliche Aufgabe, es ist aber gar keine Frage, dass da unter meinen Länderkollegen noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist. Ich persönlich bin jedoch der festen Überzeugung, die Länder, die föderale Ebene, der Föderalismus als Leitprinzip unseres Staates nicht dadurch an Überzeugung gewinnen kann, dass man sich abgrenzt, sondern dass man erfolgreich ist. Und

das, was einen erfolgreicher macht, das sollte man auch tun. Nur die allerwenigsten Länder könnten ja für sich in Anspruch nehmen, reich genug zu sein, um das alles alleine zu schaffen. Die anstehenden Aufgaben ohne zusätzliche Mittel und ohne Unterstützung des Bundes schaffen zu wollen, hielte ich für, sagen wir mal, einen sehr sportlichen Anspruch.

**Reuß:** Man hat hier so ein bisschen den Eindruck, die einen haben die Kompetenz und die anderen haben das Geld. Der Bund hat also das Geld und die Länder haben die Kompetenz. Das kann man nun auf zwei Wegen lösen: Entweder kommt die Kompetenz zum Geld oder das Geld zur Kompetenz. Das hat man bei bestimmten Dingen ja auch immer wieder versucht: Beim BAföG hat der Bund z. B. die Kosten gesamt übernommen. Er hat dann aber gefordert – wer zahlt, schafft an –, die Länder mögen die frei werdenden Mittel auch wirklich im Hochschulbereich einsetzen. Niedersachsen hat hier das eingesparte Geld jedoch zumindest zum Teil auch für den Ausbau der Kindertagesstätten eingesetzt, was wiederum zu einer heftigen Kritik des Bundes geführt hat. Wenn es zu Verschiebungen und zu Mitfinanzierungen des Bundes kommt, sehen Sie dann nicht auch die Gefahr, dass der Bund sagt: "So, nun wollen wir aber auch mitreden!"?

**Weil:** Das ist ein gern kolportiertes Beispiel, das jedoch in zweierlei Hinsicht nicht richtig ist. Erstens hat nämlich die Bundesregierung nicht beschlossen, das Geld dürfe nur für den Hochschulbereich verwendet werden. Stattdessen ist gesagt worden, das Geld müsse in Hochschulen und Bildung fließen. Zweitens hat Niedersachsen beides getan: Es hat die Mittel für die Hochschulen gesteigert und es hat mit der dritten Kraft für Krippengruppen etwas für die frühkindliche Förderung getan. Eigentlich ist das ein gutes Beispiel dafür, dass man auf Länderebene nicht blind ist, sondern dass man versucht, das gesamte Bildungsspektrum abzudecken. Ich habe das so verstanden, dass das der Versuch eines Ressorts war. Ein solcher Ressort-Versuch auf Bundesebene ist ehrenwert: Man will einfach möglichst viel in den eigenen Bereich lenken. Aber mehr als ein Versuch ist es eben auch nicht gewesen.

**Reuß:** Ich würde, wenn Sie erlauben, hier gerne eine kleine Zäsur machen und unseren Zuschauern den Menschen Stephan Weil näher vorstellen. Sie sind am 15. Dezember 1958 in Hamburg geboren, Ihr Vater war Diplomingenieur, Ihre Mutter promovierte Volkswirtin. Ihre Eltern stammen, wenn ich das richtig gelesen habe, ursprünglich aus Oberschlesien. Aufgewachsen sind Sie jedoch seit Mitte der 60er Jahre in Hannover. Wie war denn Ihre frühe Kindheit? Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu Ihren Eltern beschreiben?

**Weil:** Als gut. Ich bin ein Bürgerkind, wir hatten wirklich eine typische Familie mit Vater, Mutter und zwei Kindern. Und die Ehe meiner Eltern hat auch ein Leben lang gehalten. Das unterscheidet sich sehr stark von der Familienstruktur, die wir heute größtenteils erleben. Ich bin dann auch meinen weiteren Lebensweg zunächst so gegangen, wie das Bürgerkinder damals typischerweise gemacht haben: Ich ging zunächst zur Volksschule und dann aufs Gymnasium. Für meine Eltern war es gar keine Frage, welche Schule ich besuchen sollte. Meine

Volksschullehrerin hingegen hatte damals gemeint, die Mittelschule, also die heutige Realschule sei für mich das höchste der Gefühle. Aber meine Eltern haben gesagt: "Nein, unser Kind geht aufs Gymnasium! Darüber diskutieren wir nicht!"

**Reuß:** Sie haben dann Jura studiert. Warum Jura?

**Weil:** Nach dem Abitur habe ich zuerst einmal Zivildienst gemacht in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Weil mich dieses Thema sehr fasziniert hat, habe ich danach sehr geschwankt, ob ich Psychologie studieren sollte. Ich habe mich dann aber doch für Jura entschieden und dies vielleicht deswegen – das ist ja bei ganz vielen jungen Leuten so –, weil ich einen ganz bestimmten Menschen als Vorbild hatte: Ein Onkel von mir war Richter am Oberlandesgericht München. Das, was er erzählt hat, fand ich immer sehr spannend. Es kam dann vielleicht noch das Betrachten von amerikanischen Anwaltsserien dazu und der Gedanke, dass man auch selbst mal einen unschuldigen Menschen vor Gericht freibekommt. Ich weiß es nicht mehr so genau heute, aber meine Wahl habe ich nie bereut.

**Reuß:** Sie haben dann ja wirklich alle Positionen durchlebt: Sie waren Rechtsanwalt, Sie waren Staatsanwalt und Sie waren Richter. Was liegt Ihnen denn vom Naturell her eher? Eine Position klar zu vertreten, also als Rechtsanwalt jemanden zu verteidigen oder als Staatsanwalt jemanden anzuklagen? Oder als Richter sozusagen einen Ausgleich zwischen den Positionen zu finden und eine Entscheidung treffen und diese auch verantworten zu müssen?

**Weil:** Von den Berufsbildern, die Sie genannt haben, ist es der Rechtsanwalt, der mir am meisten liegt. Dieser kann nämlich Sachverhalte auch gestalten, alle anderen finden die Sachverhalte lediglich vor.

**Reuß:** Sie wurden schließlich eines Tages ins Landesjustizministerium abgeordnet und waren dort dann Ministerialrat. Aber Sie haben sich schon auch sehr früh für Politik interessiert und sich auch engagiert, nämlich bereits während Ihres Studiums. Sie sind auch mit 22 Jahren in die SPD eingetreten. Wenn man nur auf Ihren Lebenslauf schaut, dann könnte einen das schon auch ein bisschen verwundern, denn Sie entstammen ja nicht einer klassischen Arbeiterfamilie, sondern Ihr Vater war Ingenieur und Ihre Mutter Volkswirtin. Was hat dennoch den Ausschlag gegeben, in die SPD zu gehen? Sie haben ja auch mal gesagt, Sie seien ein linker Schüler gewesen, seien überhaupt von Ihrer Einstellung her links gewesen.

**Weil:** Ich bin kein 68er, sondern ich bin eher ein 72er. Als ich in die Schule gegangen bin, gab es diese emotional enorm aufwühlende Diskussion um die Ostpolitik von Willy Brandt. Diese Sache hat mich wirklich fasziniert und so habe ich 1972 zum ersten Mal in meinem Leben Schulstunden geschwänzt, um mir im Fernsehen die Debatte um das konstruktive Misstrauensvotum anschauen zu können. Meine Mutter hat das erlaubt und das gibt Ihnen vielleicht einen Einblick, dass ich bei meiner Politisierung zu Hause unterstützt worden bin – weniger von meinem Vater, mehr von meiner Mutter. Und so ging das dann weiter. Es gab in den 70er Jahren ja auch eine heftige Diskussion um den Bau von Atomkraftwerken: Ich glaube, das hat meine Generation sehr stark

geprägt. In die SPD gegangen bin ich dann 1980 kurz vor den Bundestagswahlen, als die Alternative "Schmidt oder Strauß" geheißen hat. Nun war ja Helmut Schmidt zum damaligen Zeitpunkt für junge, unabhängige Linke nicht gerade ein Traum. Aber Franz Josef Strauß? Das ging gar nicht. Ich habe mir damals gesagt: "So, jetzt musst du dich entscheiden!" Und ich habe auch diese Entscheidung mein Leben lang nicht bereut – auch wenn mir die SPD immer wieder Anlass zum Grübeln gegeben hat.

**Reuß:** Sie haben gesagt, dass das damals die Zeit der Diskussionen um den Bau von Atomkraftwerken gewesen ist. 1980 wurden ja auch die Grünen gegründet, die aus der Anti-Atomkraftbewegung, aus der Friedensbewegung, aus der Umweltbewegung kamen. Hätte das eine Alternative sein können für Sie?

**Weil:** Das stimmt, und viele meiner Freunde sind auch bei den Grünen gelandet. Das war damals eine ausgesprochen attraktive Alternative für junge Linke. Mich hat aber an der SPD immer fasziniert, und das ist bis heute so, dass sie versucht, wertbezogen und mit vielen Idealen in der Realität Fortschritte zu erzielen. Dies auch um den Preis, Kompromisse machen zu müssen, Fehler zu machen usw. Aber die Sozialdemokratie war und ist immer bereit, in die Verantwortung zu gehen. Das war damals ein riesengroßer Unterschied zwischen SPD und Grünen. Ich denke, von der Grundmentalität her ist das unverändert genau das, was die SPD auszeichnet.

**Reuß:** Kommen wir zurück zu Ihrem Werdegang: 1997 sind Sie in den Dienst der Landeshauptstadt Hannover getreten, denn Sie wurden Kämmerer, also "Finanzminister" der Stadt Hannover. Sie waren aber auch zuständig für Recht, für Ordnung und später auch noch für die Gebäudewirtschaft und die Unternehmen der Stadt und die Feuerwehr. Sie waren auch enger Mitarbeiter des damaligen Oberbürgermeisters: Herbert Schmalstieg war eine Institution, die auch bundesweit bekannt war. Ich glaube, er hält mit 34 Jahren immer noch den Rekord bei der Amtszeit als Oberbürgermeister: Länger als jeder andere hat er eine große Stadt in Deutschland regiert. Er war auch viele Jahre lang Präsident und Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetags. War er für Sie eine Art Vorbild?

**Weil:** So kann man das nicht unbedingt sagen. Ich bin 1991 ehrenamtlicher Vorsitzender der SPD in der Stadt Hannover geworden. Und Herbert Schmalstieg war damals bereits ehrenamtlicher Oberbürgermeister von Hannover, denn er wurde erst nach einer Änderung der niedersächsischen Kommunalverfassung einige Tage später hautamtlicher Oberbürgermeister und damit auch Verwaltungschef. Wir haben immer extrem eng zusammengearbeitet, aber immer auf einem unterschiedlichen Niveau. Als ich in Hannover Parteivorsitzender war, hätte ich gesagt: "Na, der ehrenamtliche Oberbürgermeister ist nicht mein Chef." Aber als ich Kämmerer wurde und der hauptamtliche Oberbürgermeister mir gegenüberstand, war völlig klar, wer der Chef ist. Wir haben also sehr eng zusammengearbeitet und sehr vertrauensvoll und ich habe eine Menge von Herbert Schmalstieg gelernt.

**Reuß:** "Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind", hat der SPD-Politiker Hermann Schmitt-Vockenhausen einmal gesagt. Sehen Sie das auch so? Kann man in der Kommunalpolitik viel lernen für die Landespolitik? Ist sie eine "gute Schule" dafür?

**Weil:** Ja, absolut! Ich spüre das als Ministerpräsident geradezu täglich. Ich habe zu ganz vielen Themen, die bei mir auf dem Schreibtisch landen und die eher abstrakt daherkommen, sofort einen sehr konkreten Bezug, weil ich über die Jahre hinweg gelernt habe zu verstehen, was das vor Ort eigentlich heißt, was es Menschen macht, wenn man eine bestimmte Regel so und nicht anders setzt, welche Kräfte eine Gesellschaft am Ende zusammenhalten oder eben nicht. Deswegen kann ich jedem Bundes- und Landespolitiker eigentlich nur dringend empfehlen, erst einmal einige Jahre höchst intensiv Kommunalpolitik zu machen. Diese Karrieren nach dem Motto "Lehrsaal – Plenarsaal" sehe ich immer einigermaßen skeptisch.

**Reuß:** Im Jahr 2006 haben Sie die Nachfolge von Herbert Schmalstieg angestrebt und kandidiert. Sie wurden auch gleich im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit – wenn ich das richtig nachgelesen habe, waren es 53 Prozent – zum Oberbürgermeister von Hannover gewählt. Ihre Partei, die SPD, lag bei diesen Wahlen jedoch zwölf Prozentpunkte hinter Ihnen, nämlich bei 41 Prozent. Sie hatten ja keinen Amtsbonus, denn Sie waren ja nicht wirklich im Amt des Oberbürgermeisters gewesen vorher. Worauf führen Sie es zurück, dass vor allem in der Kommunalpolitik eher Personen als Parteien gewählt werden?

**Weil:** Man kann meiner Meinung nach als Person einfach ein etwas weiteres Spektrum ansprechen, gerade bei Direktwahlen und gerade auf der kommunalen Ebene. Von meinem ganzen Habitus her bin ich, wie ich glaube, doch eher bürgerlich geprägt, weswegen ich auch Menschen ansprechen konnte, die sonst möglicherweise die CDU wählen. Andererseits habe ich, was mein Gedankengut angeht, wahrscheinlich auch Menschen ein attraktives Angebot machen können, die sich bei den reinen Kommunalwahlen ansonsten nur für die Grünen entschieden hätten. So war mir das Ergebnis eigentlich sehr lieb.

**Reuß:** Sie haben damals gesagt: "Ich bin nur ein einfacher, Bier trinkender Kommunalpolitiker." Dieser Tage haben Sie, wie ich in einem Interview mit Ihnen gelesen habe, gesagt: "Ich bin nur ein einfacher Erdenbürger." Wie hält man denn die Bodenhaftung? Man ist ja als Politiker viel unterwegs, ist viel in Gremien, fährt mit der Dienstlimousine von links nach rechts usw. Wie bleibt man dabei trotzdem mit beiden Beinen auf dem Boden? Wie gelingt Ihnen das?

**Weil:** Vielleicht ist eine Antwort, dass ich erst mit 47 Jahren Berufspolitiker geworden bin. Vorher habe ich vor allen Dingen als Kämmerer gearbeitet: Da war ich natürlich schon auch ein politischer Beamter, bin aber doch überwiegend als Experte, als Fachmann wahrgenommen worden. Direkt in die erste Reihe der Politik bin ich erst als Oberbürgermeister und später dann als Ministerpräsident gegangen. Das war aber alles erst zu einem Zeitpunkt, als meine Persönlichkeit, wie ich glaube, im Wesentlichen feststand. Der zweite Grund ist: Wenn ich

überhaupt mal in Gefahr sein sollte abzuheben, sorgt meine Frau sehr schnell dafür, dass das abrupt endet.

**Reuß:** Im Jahr 2011 kam dann der Schritt in die Landespolitik: Sie wurden Spitzenkandidat der SPD. Das war damals gar nicht so aussichtsreich, denn die SPD lag damals in den Umfragen an die zwölf Prozentpunkte hinter der Union. Damals regierte hier in Niedersachsen David McAllister zusammen mit der FDP. Sie haben dann eine ganz knappe Mehrheit geschafft und mit einer Stimme Mehrheit eine rot-grüne Landesregierung gestellt. Ist das eher gut? Diszipliniert das eher, hält das zusammen? Oder ist die Landesregierung bei so einer knappen Mehrheit schon auch ein bisschen erpressbar, weil es ja auf jeden einzelnen Abgeordneten, auf jede einzelne Abgeordnete ankommt?

**Weil:** Ich bin wirklich der Überzeugung, dass Mehrheiten mit nur einer Stimme am Ende womöglich sicherer sind als solche mit ganz großen Mehrheiten – bis hin möglicherweise zu Großen Koalitionen, denn das weiß man ja nicht derzeit. Das hängt damit zusammen, dass da jeder Einzelne eine viel größere Verantwortung trägt. Natürlich ist immer alles von jedem abhängig, aber jeder weiß auch: "Ohne mich bricht alles zusammen!" Ich glaube, das sorgt auch für sehr differenzierte Abwägungsentscheidungen.

**Reuß:** Sie haben gesagt, dass Ihnen dieser Begriff von der "Bildungsrepublik Deutschland", den Kanzlerin Merkel geprägt hat, sehr gefällt. Sie selbst haben davon gesprochen, die SPD müsse "Bildungspartei" werden, das wäre ein schönes und gutes Ziel. Man hat aber den Eindruck, die SPD reüssiert in den Kommunen und auch in den Ländern, denn in 14 von 16 Ländern regiert sie oder regiert sie mit. Im Bund hingegen dümpelt sie bei 25 Prozent vor sich hin, während die Union stabil bei über 40 Prozent liegt. Woran liegt das? Warum kann die SPD ihre Themen auf Bundesebene nicht so umsetzen, nicht so deutlich in die Öffentlichkeit bringen, wie ihr das ganz offensichtlich auf kommunaler und Landesebene gelingt?

**Weil:** Das ist eine extrem schwierige Frage, aber ich glaube, die SPD ist gut beraten, sich immer wieder darauf zu besinnen, was eigentlich ihre Kernkompetenzen sind und was eigentlich die "Marke" SPD ausmacht. Selbstverständlich ist das die soziale Gerechtigkeit. Aber die SPD ist immer auch die Partei der Arbeit gewesen: Arbeit und Wirtschaft hängen ganz eng zusammen, denn wenn es der Wirtschaft nicht gut geht, dann haben die Menschen auf dem Arbeitsmarkt auch nicht viel Freude. Die SPD ist auch immer die Partei des gesellschaftlichen Aufstiegs gewesen und insoweit eine Partei der Bildung, d. h. das gehört gewissermaßen zu unserem "Erbgut". Und, das ist mir gerade in den letzten Wochen bewusst geworden, wenn es etwas gibt, was die SPD wirklich als Expertin kann, dann ist das Folgendes: Wir sind eigentlich diejenigen, die ein Gefühl dafür haben, wie man eine Gesellschaft zusammenhält. Es könnte gut sein, dass diese Qualität der SPD noch sehr wichtig werden wird. Wir haben ja eingangs über die Flüchtlingsfrage gesprochen. Insgesamt habe ich manchmal den Eindruck, dass wir uns auch auf der Bundesebene stärker auf unsere echten Kompetenzen konzentrieren sollten und uns nicht ablenken lassen sollten durch Diskussionen über

Vorratsdatenspeicherung usw., die ganz am Ende eben nicht wahlentscheidend sein werden.

**Reuß:** Ich würde gerne noch einmal auf Ihr Politikverständnis zurückkommen. Man hat den Eindruck, die heutige Politikergeneration ist mehr Manager, ist sehr pragmatisch ausgerichtet. Die ältere Politikergeneration, die aus einer ganz anderen Zeit kam, war vielleicht manchmal ein bisschen visionärer. "Politik ist die Kunst des Möglichen", soll Otto von Bismarck mal gesagt haben. Der legendäre Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel hat den Satz geprägt: "Die Kunst der Politik besteht häufig darin, heiße Eisen mit fremden Fingern anzufassen." Wie würden denn Sie für sich Politik definieren?

**Weil:** Erst einmal muss man sagen, dass es eben einen großen Unterschied macht, ob eine Generation wie z. B. die Kriegsgeneration durch Existenzkrisen gegangen ist, also Brandt, Schmidt, Strauß und wie sie alle heißen, oder ob man es mit einer Generation zu tun hat, die von diesen Grenzerfahrungen zum Glück verschont blieb. Zweitens – und ich finde das gut – haben wir eigentlich einen ganz großen gesellschaftlichen Konsens in der deutschen Gesellschaft. Ich halte daher nichts davon, künstlich massive Konflikte vorzugaukeln. Und die Leute spüren ja auch ganz genau, ob es einen echten Streit gibt oder einen Scheinstreit. Unter diesen Gesichtspunkten würde ich mein Verständnis von Politik folgendermaßen formulieren: Erstens muss man sehr klar sein, was die eigenen Werte angeht, was sozusagen die Leitplanken der eigenen Politik angeht. Zweitens muss man das Wort "Verantwortung" sehr ernst nehmen. Ich will, dass Dinge besser werden. Ich will nicht recht behalten, sondern ich will, dass es besser wird. Deswegen bin ich auch immer bereit, kleinere Fortschritte zu akzeptieren – auch wenn mir die größeren lieber wären.

**Reuß:** "Politik kann so etwas wie eine Sucht werden", hat Horst Seehofer einmal gesagt. Sehen Sie das auch so? Und wenn ja, was macht den Suchtcharakter der Politik aus?

**Weil:** Das ist ganz bestimmt so: Politik hat Suchtcharakter. Und wenn man sich nicht vorsieht, dann kann einen das auffressen. Es gibt in der Politik eine ganz Fülle von Informationen, es gibt die unterschiedlichsten Ebenen, auf denen kommuniziert wird, und ganz nebenbei geht es in der Politik schon auch immer um so etwas wie Hackordnungen – manchmal ist das sogar sehr ausgeprägt. Mein Rezept dagegen ist, dass ich mich bemühe, mich auch immer wieder rauszunehmen. Mein Freundeskreis ist z. B. weitestgehend kein politischer. Und wenn ich zu Hause bin, dann mache ich typischerweise alles andere, aber nicht mehr Politik.

**Reuß:** Sie haben auch gesagt: "Politik muss nicht nur heute richtig sein, sondern auch in der Zukunft. Ich möchte nicht, dass eine von mir mitgetragene Entscheidung kommende Generationen belastet." Aber ist das in der Tagespolitik wirklich durchzuhalten, wenn man Wahlen gewinnen will? Ist es nicht einfacher, Schulden zu machen, als Steuern zu erhöhen oder Leistungen zu kürzen? Ist es nicht einfacher, die Umwelt zu belasten, als durch scharfe Umweltauflagen höhere Kosten zu verursachen?

**Weil:** Steuern zu erhöhen, ist keine leichte Übung. Ich habe da meine persönlichen Erfahrungen machen müssen. Wobei ich aber sagen muss,

dass ich das u. a. deswegen nur höchst selten probiert habe. Was mir aber sonst dazu einfällt, ist z. B., was für eine Fehlentscheidung die Einführung der Atomenergie gewesen ist: Was das für unglaubliche Kosten ausgelöst hat! Was mir dazu noch einfällt: Welche Verantwortung man übernommen hat, als der Irakkrieg begonnen wurde! Ich halte es nämlich bis heute für eine der größten historischen Leistung von Gerhard Schröder, dass er damals gesagt hat: "Hier ist Deutschland nicht mit dabei!" Insofern muss sich, wie ich finde, tatsächlich jede politische Entscheidung daran messen lassen, was diese Entscheidung mit der Gesellschaft macht, und zwar nicht nur kurzfristig, sondern mittel- und langfristig. Das muss einfach der Maßstab sein. Ich weiß, das ist gelegentlich der unbequemere Weg. Aber ich würde mich persönlich außerordentlich ungut fühlen, wenn ich das wüsste und trotzdem sozusagen immer das kurze Strohfeuer anzünden würde.

**Reuß:** Worauf gründet sich die Sicherheit Ihres Handelns und Ihrer Entscheidungen? Sie haben einmal gesagt: "Ich bin ein gläubiger Christ, der in seiner Amtskirche Probleme hat. Ich bin in den 80er Jahren aus der katholischen Kirche ausgetreten wegen ihrer Haltung zur Familienplanung und der damit verbundenen Not für viele Menschen." Dennoch sagen Sie, dass Sie ein Christ sind. Sind die christlichen Werte eine Art Benchmark, eine Art Leitplanke für Ihr Handeln?

**Weil:** Ja und auch die Grundrechte des Grundgesetzes, denn da gibt es ja eine ganz, ganz große Schnittmenge. Ganz am Ende könnte man vielleicht sogar sagen: § 1 der Straßenverkehrsordnung würde in vielen Fällen bereits ganz gut genügen, damit wir in unserer Gesellschaft gut miteinander klarkommen. Oder man nimmt den kategorischen Imperativ von Kant: Auch der würde schon sehr viel helfen. Bei all diesen Quellen geht es ja immer um folgende Frage: Ich will frei sein, aber ich weiß, ich bin auch gleichzeitig Teil einer Gruppe, einer Gesellschaft und meine Freiheit muss dort an Grenzen stoßen, wo die Interessen von anderen und erst recht die der Gemeinschaft berührt sind. Das ist mein Verständnis und mein Maßstab und damit bin ich auch im Reinen.

**Reuß:** Nun gibt es ja viele Reformen in der katholischen Kirche, denn Papst Franziskus stößt hier ja vieles an. Unlängst wurde über die Familienpolitik beraten: Da wurden zumindest keine Türen zugeschlagen. Könnten Sie sich eine Situation vorstellen, die es Ihnen ermöglicht, wieder in Ihre Kirche einzutreten?

**Weil:** Ehrlich gesagt, ja, das kann ich mir vorstellen. Ich habe nämlich die Erfahrung gemacht, wenn man so katholisch erzogen worden ist wie ich, dann kann man aus der Kirche austreten, wie man will, innerlich bleibt man Mitglied.

**Reuß:** Erlauben Sie mir am Ende noch eine persönliche Frage. Sie sind verheiratet und haben einen Sohn: Welche Rolle spielt die Familie für Sie?

**Weil:** Eine große. Das sind wirklich die wichtigsten Menschen auf der Welt für mich. Ich freue mich auch darüber, dass wir zu Hause eine große Stabilität haben. Eigentlich ist das das Fundament, von dem aus ich versuche, das eine oder andere außerhalb der eigenen vier Wände zu machen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich dieses sichere Fundament



habe. Das gibt mir übrigens auch die Sicherheit, dass die Politik z. B. auf der Ebene des Ministerpräsidenten zwar eine höchst interessante ist und von mir aus gerne eine lang andauernde Phase meines Lebens sein soll, aber eben doch nur eine Phase darstellt. Denn es hat bei mir bereits davor schon ein Leben gegeben und es wird auch danach noch eines geben.

**Reuß:** Ich habe gelesen, dass Sie gerne auf der Langstrecke joggen und auch seit Urzeiten ein Fan von Hannover 96 sind. Muss man da sehr leidensfähig sein?

**Weil:** Unbedingt. Gerade in dieser Saison ist das ganz furchtbar.

**Reuß:** Aber Sie leiden dennoch gerne mit und sind auch ...

**Weil:** Nein, nein, ich leide nicht gerne, das wäre falsch ausgedrückt, denn meine masochistischen Anteile sind eigentlich sehr unterentwickelt. Aber das ist in der Tat Teil meines Lebens. Ich bin nun seit mehr als einem halben Jahrhundert in Hannover ansässig und habe hier ganz tiefe Wurzeln geschlagen. Und mein Verein zählt dazu, mit ihm bin ich in diesen Jahrzehnten durch alle Höhen und Tiefen gegangen – ich gebe allerdings zu, dass die Tiefen häufiger waren.

**Reuß:** Unsere Zeit rast, wir sind bereits am Ende unserer Sendezeit angelangt. Ich darf mich bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, ganz herzlich bedanken. Ich würde unser Gespräch gerne mit ein paar Zitaten über Sie beenden, die deutlich machen, wie man Sie wahrnimmt und sieht. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb: "Stephan Weil ist vom Naturell her ein vorsichtiger und strategisch planender Mensch, der nicht zu übereilem Vorgehen neigt." Die "Süddeutsche Zeitung" schrieb: "Stephan Weil ist keiner, der sich aufdrängt, keiner, der poltert. Er ist einer, dem das Unbehagen anzusehen ist, wenn er Menschen für ein schnelles Handyfoto den Arm um die Schulter legen soll." Und die Tageszeitung "Die Welt" schrieb über Sie: "Stephan Weil ist eine niedersächsische Variante des frühen Helmut Kohl: fest verwurzelt in der Heimat, bodenständig, Urlaub in den Bergen. Es fällt leicht, ihn zu unterschätzen, aber wer das tut, hat schon verloren. Stephan Weil ist wie Kohl machtbewusst, durchsetzungsstark und sehr stur, wo und wenn er es für nötig hält." Ich glaube, das darf man mal so stehen lassen. Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. Sehr verehrte Zuschauer, ganz herzlichen Dank für Ihr Interesse, fürs Zuschauen und Zuhören und auf Wiedersehen bis zum nächsten Mal.